EP-F-01-634 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Antragsteller*in: Mirko Hajek (Münster KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 634 bis 635 einfügen:
Während andere Parteien reflexartig neue Eingriffsbefugnisse, Überwachungsgesetze und Grundrechtseingriffe fordern, gehen wir einen anderen Weg. Wir sind davon überzeugt, dass wir vielmehr die Zusammenarbeit und Vernetzung der Polizeibehörden verbessern müssen.

Von Zeile 637 bis 640:
Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt fördern. ~~Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift~~Das schon bestehende Europol-Informations-System (EIS) wollen wir ausbauen. Wir befürworten einen automatisierten Datenabgleich der regionalen und nationalen Polizeidatenbanken mit den Europol-Systemen. Unsere Ermittler vor Ort erhalten hierdurch künftig schneller ~~zum Telefon, um seine Kolleginnen~~ und ~~Kollegen aus anderen EU-Staaten~~ häufiger Hinweise darauf, ob Straftäter grenzüberschreitend agieren. Die Vernetzung erfolgt hierbei stets unter strenger Berücksichtigung des Datenschutzes und der von uns GRÜNEN maßgeblich eingeführten europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Grenzüberschreitende Ermittlungen im Wege der Rechtshilfe sind in der Praxis häufig langwierig und zäh. Dieses Hindernis möchten wir beseitigen. Bereits heute verfügt Europol mit dem SIENA-System über einen grenzüberschreitenden Kommunikationskanal, um die polizeiliche Rechtshilfe zu ~~informieren oder~~optimieren. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir wollen zusätzliche Mittel bereitstellen, um ~~Rat~~das SIENA-System schneller in ganz Europa zu ~~fragen~~etablieren. Es soll künftig für alle Formen grenzüberschreitender Kriminalität zum Einsatz kommen.

Begründung

Der Satz "Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu informieren oder um Rat zu fragen." ist zu streichen. Er ist weder praxisorientiert noch bildet er die Rechtslage ab. Polizeiliche Rechtshilfe (Zusammenarbeit mit Polizeibehörden anderer Staaten) folgt strengen Regeln unter Einbindung von Oberbehörden. Ein "eher zum Telefon greifen um sich abzusprechen" ist bei zehntausenden Kriminalbeamten in ganz Europa realitätsfern. Die Formulierung könnte den Eindruck erwecken, als wüssten wir GRÜNE nicht, wie grenzüberschreitende Ermittlungen funktionieren.

Vielmehr müssen wir eine praktische Alternative anbieten: Anstelle anderer Parteien, die Gesetzesverschärfungen fordern, bieten wir vielmehr eine verbesserte Zusammenarbeit der Polizeien an. In Europa existiert ein Flickenteppich von lokalen, regionalen, landes- und National-/Bundespolizeibehörden, die teilweise unterschiedliche Datensysteme und getrennte Datenbanken nutzen. Ein Austausch findet häufig nicht statt. Spätestens auf europäischer Ebene existiert kein automatisierter Datenaustausch mehr. Das Europol-Information-System (EIS) ist zwar eine europäische Datenbank, diese bedient jedoch nur

bestimmte Deliktsbereiche des Terrorismus und der organisierten Kriminalität. Auch werden häufig nur solche Datensätze gespeichert, die aktiv von den Mitgliedsstaaten gemeldet werden. Hierdurch fällt die Verantwortung für den europäischen Datenabgleich häufig auf einzelne Ermittler vor Ort zurück. Das EIS könnte derart ausgeweitet werden, dass die nationalen Polizeien automatisiert bestimmte Deliktsbereiche mittlerer und schwerer Kriminalität an das EIS weiterleiten. Europol verfügt hierdurch über einen deutlich größeren Datenbestand und wird in die Lage versetzt, die Mitgliedsstaaten bei Datenabgleichen automatisiert zu benachrichtigen. Es ist zu erwarten, dass hierdurch deutlich häufiger als bislang automatisierte "Kreuztreffer" an die Mitgliedsstaaten mit Hinweisen auf Erkenntnisse in anderen Staaten ausgeliefert werden. Eine vernetzte Datenbasis ist grundlage jeder guten Ermittlungsarbeit.

Polizeiliche Rechtshilfe und polizeilicher Informationsaustausch sind häufig noch immer langatmig. Teilweise lässt die aktive Mithilfe einzelner Mitgliedsstaaten zu wünschen übrig. Europol bietet seit einigen Jahren das SIENA-System als Kommunikationskanal für die Rechtshilfe an. HIerüber können kurzfristig zwischen Behörden verschiedener Staaten Informationen und Schriftverkehr übermittelt werden. Allerdings steckt die europaweite Ausrollung noch in den Kinderschuhen, die Anwendung erfolgt nur über einzelne Deliktsbereiche. Eine Möglichkeit wäre, diesen Kommunikationskanal durch mehr Mittel schneller zu etablieren und die Fortbildung und Einarbeitung der Polizeien zu intensivieren.

weitere Antragsteller*innen

Melanie Hajek-Meier (Münster KV); Rainer Bode (Münster KV); Angelika Farwick-Hajek (Warendorf KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Florian Wüpping (Münster KV); Peter Umlauf (Münster KV); Georg Sieglen (Köln KV); Patrick Hennings (Rotenburg/Wümme KV); Martin Kirsch (Gießen KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Clemens Rostock (Oder-Spree KV); Fabian Müller (Münster KV); Marius Kühne (Münster KV); Holger Gundlach (Hamburg-Wandsbek KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Hauke Enno Helling (Münster KV); Kai Michael Meyer vor dem Esche (Münster KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Otto Reiners (Münster KV)